

*Vizepräsidentschaftskandidat Biden kündigt an, dass Obama in den ersten Monaten seiner Amtszeit drastische außen- und innenpolitische Maßnahmen ergreifen wird, wenn er zum Präsidenten gewählt werden sollte.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 209/08 – 30.10.08**

## **Welche "unglaublich brutalen" außenpolitischen Maßnahmen bereitet Obama vor?**

Von Patrick Martin

WORLD SOCIALIST WEB SITE, 22.10.08

( <http://www.wsws.org/articles/2008/oct2008/bidn-o22.shtml> )

Am Wochenende warnte der demokratische Vizepräsidentschaftskandidat Joseph Biden in Seattle davor, dass Barack Obama, falls er zum Präsidenten gewählt werden sollte, in den ersten Monaten nach der Amtsübernahme zu höchst unpopulären innen- und außenpolitischen Maßnahmen gezwungen sein könnte.

**In geschlossenen Veranstaltungen sagte Biden vor Funktionären und Spendensammlern der Demokratischen Partei eine große Krise in den ersten sechs Monaten einer Obama-Regierung voraus.**

Er verglich Obama mit John F. Kennedy, dem letzten Senator, der zum Präsidenten gewählt wurde. "Es wird noch keine sechs Monate dauern, bis die Welt Barack Obama testen wird, wie sie John Kennedy getestet hat," sagte Biden. "Die Welt schaut auf uns. Wir sind dabei, einen brillanten 47-jährigen Senator zum Präsidenten zu wählen. Ihr könnt euch darauf verlassen, dass es dann bald eine internationale Krise geben wird, eine Krise, die bewusst herbeigeführt wird, um die Standfestigkeit dieses Burschen zu testen."

Biden nannte den Mittleren Osten, Afghanistan, Pakistan, Nord-Korea und Russland als mögliche Konfliktherde, ließ sich aber nicht näher über die Art der zu erwartenden Krise aus. "Ich müsste euch mindestens vier oder fünf Szenarien beschreiben, die sie auslösen könnten." Er machte auch klar, dass Obama auf jeden Fall entschlossen reagieren werde. "Wenn sie ihn testen wollen, werden sie feststellen, dass er ein stählernes Rückgrat hat."

**Der politisch bedeutendste Teil seiner Rede waren Bidens Äußerungen, Entscheidungen der Obama-Biden-Administration könnten äußerst unpopulär sein, und deshalb müssten die Mitglieder der Demokratischen Partei auch dann hinter dem neuen Präsidenten stehen, wenn sich die öffentliche Meinung gegen ihn wende.**

"Er wird Hilfe brauchen," sagte Biden, "er wird euch brauchen – nicht nur eure finanzielle Hilfe – wir werden auch auf euren Einfluss in der Gesellschaft angewiesen sein, damit Obama die nötige Unterstützung findet, denn es wird nicht sofort allen klar sein, dass wir richtig liegen."

Er fuhr fort: "Vielen von euch wird das nicht gefallen. 'Haltet ein', werdet ihr sagen, 'halt, halt, ich verstehe diese Entscheidung nicht!' Wenn Entscheidungen fallen, sollten sie nach eurer Meinung auch allgemein akzeptiert werden. Sie könnten aber auch abgelehnt werden und trotzdem vernünftig sein, denn populäre Entscheidungen sind häufig überhaupt nicht vernünftig."

Das ist die Stimme eines bewährten Repräsentanten der Finanzaristokratie, der seine Verachtung für die öffentliche Meinung offen ausspricht – "populäre Entscheidungen sind häufig überhaupt nicht vernünftig" – und damit seine betuchten Zuhörer darauf vorbereitet, dass die neue Obama-Biden-Regierung ihre Politik auch gegen die öffentliche Meinung durchsetzen wird. Bidens Andeutungen lassen vermuten, dass die grausamen Antworten der neuen Regierung nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die eigenen Anhänger schockieren werden.

**In diesem Zusammenhang müssen auch Hinweise Bidens beachtet werden, dass in einer oder mehreren der erwarteten Krisen Atomwaffen eine Rolle spielen könnten. Er erinnerte daran, dass die Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel dazu führen könnten, dass auch Japan zur Atommacht wird, was wiederum China veranlassen könnte, sein Atomwaffen-Arsenal zu erweitern. An der pakistanisch-afghanischen Grenze wimmelte es von Al-Qaida-Kämpfern und Pakistan brüste sich mit seinen Atomwaffen, die auch Israel treffen könnten. Biden wiederholte auch die Behauptung, der Iran wolle eine Atomwaffe bauen.**

**Zeitungen und Experten, die sich mit Außenpolitik befassen und der Demokratischen Partei nahe stehen, haben sich ja schon wiederholt mit solchen Weltuntergangs-Szenarien befasst, und Bidens Äußerungen deuten darauf hin, dass der Einsatz des US-Atomwaffen-Arsenals – des größten Arsenal der Welt – von denen, die über die Außen- und Militärpolitik der Obama-Biden-Regierung nachdenken, in Erwägung gezogen wird.**

Biden selbst ist einer der entschiedensten außenpolitischen Falken unter den führenden Demokraten des Kongresses, der die Invasion und die Besetzung Afghanistans und des Iraks unterstützt und auch eine US-geführte Militär-Intervention in Darfur befürwortet hat. Während der Kampagne zur Auswahl des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten war er der Bewerber, der am lautesten über Gruppen von Kriegsgegnern gewettert hat, welche die Ausgaben für den Irak-Krieg beschneiden wollten.

**Biden erwartet offensichtlich nicht nur öffentlichen Widerstand gegen die Außen- und Militärpolitik einer Obama-Regierung, sondern auch gegen deren zu erwartende Innenpolitik. Er warnte sein Publikum in Seattle: "Ich verspreche euch, dass ihr euch in einem Jahr alle fragen werdet, warum wir in Umfragen so schlecht abschneiden, und ob es wegen unserer brutalen Entscheidungen noch weiter abwärts geht? Aber wir werden in den ersten beiden Jahren um einige unglaublich brutale Entscheidungen nicht herumkommen."**

Der (Präsidentschafts-)Kandidat der Demokraten hat sich bisher nicht näher über die wahre Natur der "unglaublich brutalen Entscheidungen" ausgelassen und ist nur auf die finanzielle und wirtschaftliche Krise und die beiden Kriege eingegangen, die Bush seinem Nachfolger vererbt.

**Die Unruhe, die nach diesen besorgniserregenden Andeutungen entstanden ist, haben beide Parteien mit nichtssagenden Einlassungen zu besänftigen versucht.**

Der republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain griff nur den Gedanken auf, dass ausländische Feinde versuchen könnten, einen unerfahrenen Präsidenten Obama zu testen, und wies auf seine eigene 50-jährige außenpolitische und militärische Erfahrung hin. Rechtsstehende Experten gingen noch weiter, und schlossen aus Bidens Äußerungen, dass Obama unfähig zu einer (harten) Reaktion sein werde, falls ihn ein Diktator zu testen versuche.

Diese Interpretation ist angesichts Bidens bekannter positiver Einstellung zu Interventionen des US-Militärs völlig absurd. Obama hat den Senator aus Delaware vor allem deshalb als seinen Vizepräsidentenskandidaten gewählt, um dem politischen Establishment zu beweisen, dass er entschlossen ist, die Interessen des US-Imperialismus mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Leute der Obama-Kampagne versuchten Bidens Bemerkungen als historische Reminiszenz abzutun, die auf dem Vergleich Obamas mit Kennedy zurückzuführen und nicht als Vorhersage einer drohenden Krise zu werten sei. Ein Sprecher der Kampagne sagte, Biden habe Bezug auf Kennedys Konfrontation mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow nehmen wollen, die sich wenige Monate nach Kennedys Amtseinführung bei den Gipfelgesprächen in Wien ereignete. Dabei haben diese Gespräche erst nach einer militärischen Provokation der USA stattgefunden – nach der (von Kennedy gebilligten) Invasion Kubas durch in den USA trainierte Exil-Kubaner, die in der Schweinebucht geschlagen wurden.

**Ein Präsident Obama wäre aber kein "naiver Neuling", dessen Standhaftigkeit Diktatoren erst zu prüfen hätten. Der US-Imperialismus setzt sich von Regierung zu Regierung ununterbrochen fort, gleichgültig, ob sie von Demokraten oder Republikanern gestellt wird. Wenn Obama gewählt wird, steht er an der Spitze der größten Militär-Maschinerie der Welt, die in Dutzenden Ländern in gewaltsame Provokationen verwickelt ist, die sich durch die heraufziehende Weltwirtschaftskrise plötzlich alle verschärfen könnten.**

**Obama hat die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten gewonnen, weil er als entschiedener Kriegsgegner aufgetreten ist, und deshalb erwartet die Öffentlichkeit von den Demokraten, dass sie den Krieg im Irak beenden und sich weniger militaristisch gebärden. Hinter verschlossenen Türen hat Biden allerdings ausgewählten Vertretern der finanziellen und politischen Elite einen ersten Blick auf die wirklichen Absichten gewährt, denn auch die Führung der Demokraten gedenkt die imperialistische US-Politik mit allen Mitteln fortzusetzen.**

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Hervorhebungen und Anmerkungen in Klammern und versehen. Nach unserem Kommentar folgt der Originaltext. )

---

## **Unser Kommentar**

*Unser Kommentar zu Barack Obamas Berlin-Rede endete mit folgenden Sätzen: "Barack Obama ist kein "Friedensengel". Seine erklärten Absichten könnten ihn auch für viele deutsche Soldaten zum "Todesengel" werden lassen. Es wird höchste Zeit, diesen Scharlatan zu entzaubern, bevor er die Welt zugrunde richtet." (s. LP 121/08)*

*Die in eine weltweite Wirtschaftskrise ausufernde US-Finanzkrise hat dafür gesorgt, dass der bevorstehende nächste US-Angriffskrieg gegen den Iran fast in Vergessenheit geraten ist. Die militärischen Vorbereitungen sind längst abgeschlossen und die ideologischen laufen – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – auf Hochtouren. Das Bipartisan Policy Center, ein von Republikanern und Demokraten gemeinsam getragener US-Think-Tank, hat eine Denkschrift mit dem Titel "Meeting the Challenge – U.S. Policy Toward Iranian Nuclear Development" (Die Herausforderung annehmen – US-Politik gegen das Atomprogramm des Irans) veröffentlicht, die vor allem der ideologischen Vorbereitung eines höchst wahrscheinlich auch mit Atomwaffen geführten Luftkriegs gegen den Iran dienen soll. Hierzu empfehlen wir unseren Lesern den Artikel "Die Kriegstreiber melden sich zurück" von Knut Mellentin, der unter <http://www.hintergrund.de/content/view/289/63/> aufgerufen werden kann.*

# What “incredibly tough” foreign policy actions is Obama preparing?

By Patrick Martin  
22 October 2008

In remarks made over the weekend in Seattle, Democratic vice presidential candidate Joseph Biden warned that Barack Obama, if elected president, would be compelled to take deeply unpopular actions in both domestic and foreign policy within months of taking office.

In closed-door gatherings with two audiences of Democratic Party insiders and fundraisers, Biden forecast a major international crisis in the first six months of an Obama administration.

He compared Obama to John F. Kennedy, the last senator to be elected president. "It will not be six months before the world tests Barack Obama like they did John Kennedy," Biden said. "The world is looking. We're about to elect a brilliant 47-year-old senator president of the United States of America. Watch. We're going to have an international crisis, a generated crisis, to test the mettle of this guy."

Biden mentioned the Middle East, Afghanistan, Pakistan, North Korea and Russia as potential points of conflict, but did not spell out the exact nature of such a crisis, observing, "I can give you at least four or five scenarios from where it might originate." He made it clear that Obama would respond forcefully: "They're going to want to test him. And they're going to find out this guy's got steel in his spine."

The most politically significant portion of Biden's remarks came when he admitted that the decisions of an Obama-Biden administration were likely to be deeply unpopular, and he called on the Democratic Party regulars to stand behind the new president even when public opinion turned against him.

"He's going to need help," Biden said. "He's going to need you—not financially to help him—we're going to need you to use your influence, your influence within the community, to stand with him. Because it's not going to be apparent initially, it's not going to be apparent that we're right."

He continued, "There are going to be a lot of you who want to go, 'Whoa, wait a minute, yo, whoa, whoa, I don't know about that decision.' Because if you think the decision is sound when they're made, which I believe you will when they're made, they're not likely to be as popular as they are sound. Because if they're popular, they're probably not sound."

Here is the voice of a longtime representative of the financial aristocracy, voicing his contempt for public opinion—"if decisions are popular, they're probably not sound"—and warning his wealthy audience that the new Obama-Biden administration will have to defy public opinion to carry out its policies. Biden's language suggests that the ferocity of the new administration's response will shock not only public opinion, but even its own supporters.

In that context, one must point out Biden's suggestions that nuclear weapons might play a role in one or more of the potential crises. A nuclear-armed Korean Peninsula could lead to "Japan as a nuclear power," he said, which could push China into expanding its nuclear weaponry. The Pakistan-Afghanistan border is "crawling with Al Qaeda" and "Pakistan is already bristling with nuclear weapons, all of which can hit Israel." Biden also noted Iran's alleged drive to build a nuclear weapon.

Foreign policy journals and pundits linked to the Democratic Party have undoubtedly been discussing many such doomsday scenarios, and Biden's language suggests that the use of the US nuclear arsenal, the world's largest, is under consideration by those who are formulating the foreign and military policy of an Obama-Biden administration.

Biden himself has been one of the most hawkish on foreign policy among leading congressional Democrats, backing the invasion and occupation of Afghanistan and Iraq and advocating a US-led military intervention in Darfur. During the Democratic presidential primary campaign, he was the most vociferous of all the candidates in denouncing antiwar protest groups seeking a cutoff of funds for the war in Iraq.

Biden's expectation of widespread popular hostility to an Obama administration applies not only to foreign and military policy, but to domestic policy. He told the Seattle audience, "I promise you, you all are going to be sitting here a year from now going, 'Oh my God, why are they there in the polls, why is the polling so down, why is this thing so tough?' We're going have to make some incredibly tough decisions in the first two years."

The Democratic candidate did not spell out the exact nature of these "incredibly tough decisions," other than to refer to the financial and economic crisis and two wars being bequeathed by the Bush administration to its successor.

In the wake of these blunt and ominous comments, there have been disingenuous attempts to explain them away from both parties.

Republican presidential candidate John McCain seized on the suggestion that foreign enemies might seek to test an inexperienced President Obama, citing his own military and foreign policy expertise going back more than 50 years. Right-wing pundits went further, suggesting, as one put it, that "Biden is forecasting inaction by Obama in the face of testing by a dictator."

This interpretation is preposterous, especially given Biden's own record as a fervent supporter of US military intervention. Obama's selection of the Delaware senator as his running mate was itself an effort to reassure the political establishment of his commitment to defend the interests of American imperialism by military force.

The Obama campaign sought to shrug off Biden's remarks as a mere historical generalization, triggered by the Obama-Kennedy analogy, not a prediction of impending crisis. A campaign spokesman said Biden was referring to Kennedy's confrontation with Soviet President Nikita Khrushchev in summit talks in Vienna, a few months after he took office—although these talks took place after a US military provocation—the invasion of Cuba by US-trained exiles who were defeated at the Bay of Pigs.

An Obama administration would not be an "innocent abroad," picked on by dictators out to "test the mettle" of a US president. American imperialism continues from administration to administration, Democratic or Republican. If elected, Obama will take office heading the world's largest military machine, engaged in violent provocations in dozens of countries, any of which could flare up unexpectedly, especially under the impact of the deepening world economic crisis.

Obama won the Democratic presidential nomination by presenting himself as the more consistent antiwar candidate, and the Democratic ticket in public pledges to end the war in Iraq and adopt a less militaristic stance. But behind closed doors, before select audiences of the financial and political elite, Biden has given a glimpse of the real perspective of the Democratic wing of American imperialism.

*Copyright © 1998-2008 World Socialist Web Site - All rights reserved*

[www.luftpост-kl.de](http://www.luftpост-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**